

# UNTERNEHMEN ZUKUNFT

## **FACHKRÄFTESICHERUNG**

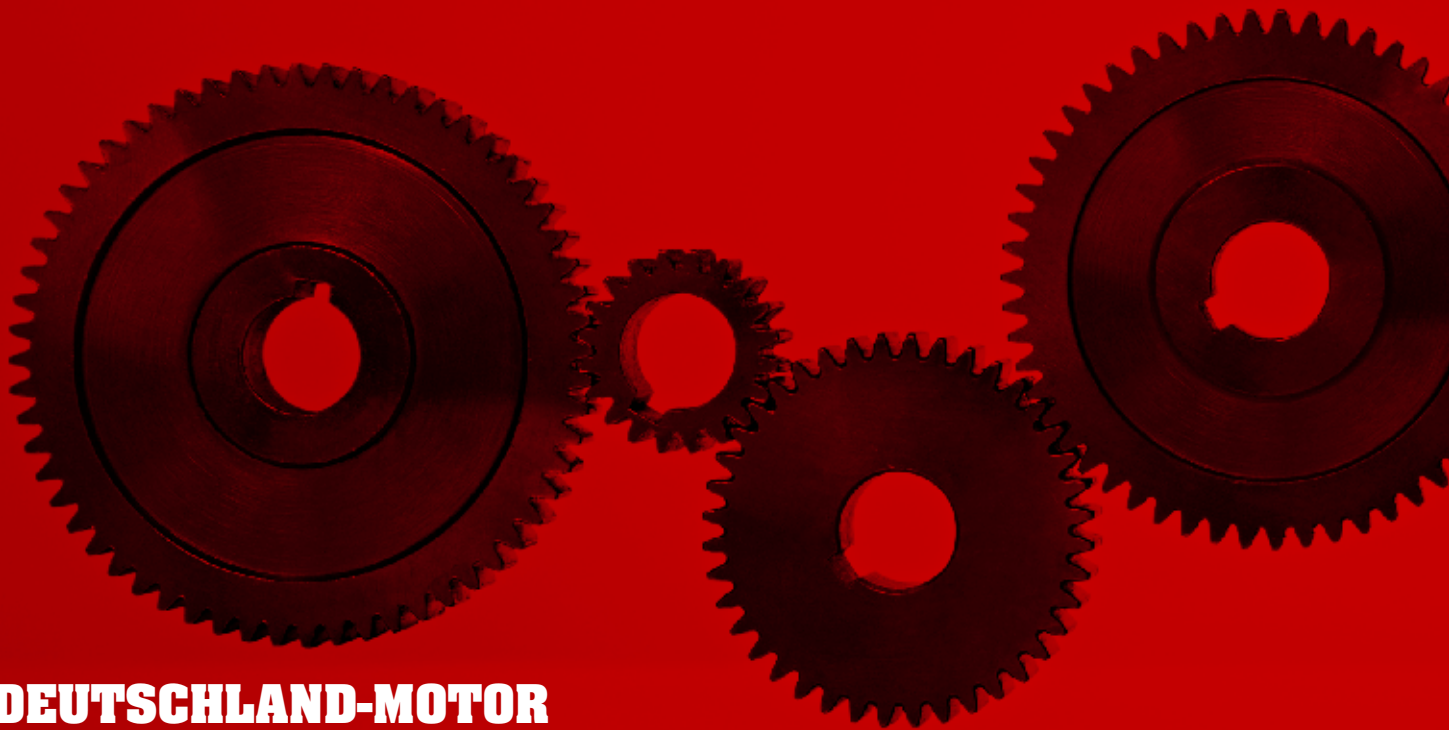
Mit besseren Bildungs- und  
Ausbildungsmöglichkeiten die  
Zukunft Deutschlands sichern

## **ENERGIEWENDE**

Gemeinsam die Wettbewerbs-  
fähigkeit der deutschen  
Industrie sichern

**DAS MAGAZIN FÜR SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT**

**APRIL 2013**



## **DER DEUTSCHLAND-MOTOR**

Neue Perspektiven  
für Industrie und Mittelstand

„Das größte Unterstützungsprogramm für den Mittelstand ist eine aktive Bildungspolitik“ SEITE 9



INDUSTRIE-COMEBACK

**Der Deutschland-Motor**

Sie galt als unmodern und unflexibel. Doch nun wird Deutschland um seine industrielle Basis beneidet.

Seite 4



ENERGIEWENDE

**Ein Land unter Strom**

Der Strom aus erneuerbaren Energien könnte deutsche Unternehmer zu Vorreitern machen – wenn die Wende besser umgesetzt würde

Seite 10



FACHKRÄFTESICHERUNG

**Gefahr für den Arbeitsmarkt**

Es gehen mehr Ingenieure in Rente als die Hochschulen ausbilden – die Fachkräftesicherung ist die Herausforderung der Stunde

Seite 12

WEITERE THEMEN IM HEFT

- 8** „Wir brauchen Stabilität“  
Frank-Walter Steinmeier, Chef der SPD-Bundestagsfraktion, im Interview
- 14** Europameister der Erfinder  
Wohlstand braucht Innovation – und die gibt es nur mit den richtigen Ideen
- 15** Zurück zur Realwirtschaft  
Industrie und Mittelstand haben Deutschland durch die Krise gebracht
- 16** Finanzpolitik  
Peer Steinbrück über die Verantwortung der Banken
- 17** Den Mittelstand stärken  
Projekt- und Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen
- 16** Impressum

**Nach der Finanzkrise: Rückkehr zu wahren Werten**



EDITORIAL

**Mutig, klar und berechenbar**

von **FRANK-WALTER STEINMEIER**

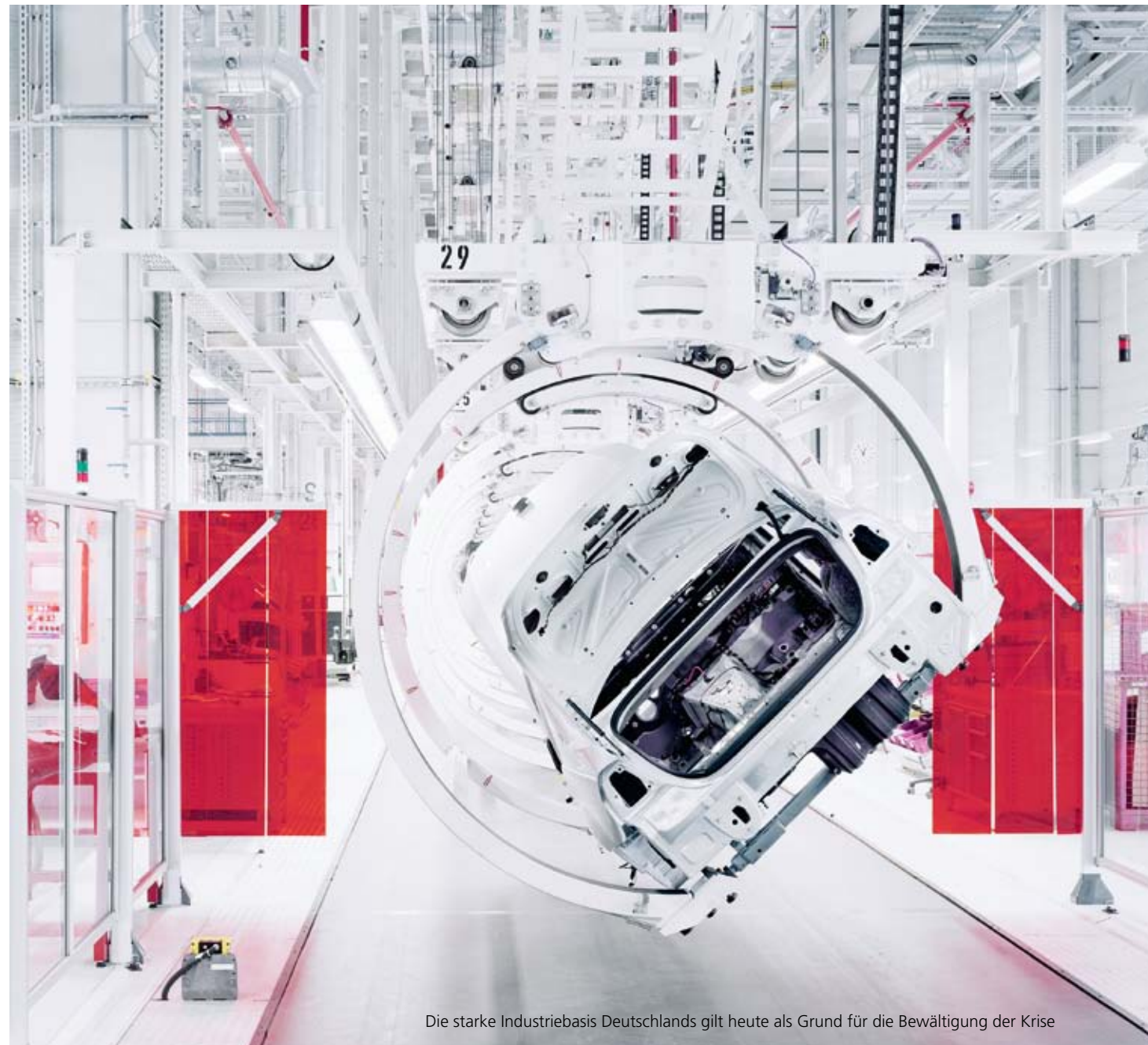
Manch einer reibt sich noch immer die Augen: Vor zehn Jahren galt der Standort Deutschland als nahezu hoffnungsloser Fall – der „kranke Mann Europas“, wie der Economist titelte. Doch schon im August 2005 beschrieb dasselbe Magazin „Germany’s surprising economy“, denn die Reformen begannen Früchte zu tragen. Der Ausbruch aus der Abwärts-spirale war geschafft. Heute preisen nationale und internationale Beobachter Deutschland als Kraftzentrum und Vorbild Europas – mit Rekordbeschäftigung, Rekordsteuereinnahmen und Milliardenüberschüssen in den Sozialversicherungen. Was ist geschehen? Erstens waren die Absänge auf das „Modell Deutschland“ verfrüht. Ich habe sie immer für überzogen gehalten. Sozialpartnerschaft, kluge Tarifpolitik, Betriebsfrieden, duale Ausbildung sind deutsche Stärken, die wir zu unserem Glück nicht preisgegeben haben. Ebenso wenig sind wir den Sirenen gefolgt, die unsere industrielle Produktion für überholt erklärten und uns in die vermeintlich schöne neue Welt einer nur von Dienstleistungen und Finanzdienstleistungen getragenen Wirtschaft locken wollten. Wir haben vielmehr, zweitens, auf Investitionen in die industrielle Erneuerung gesetzt. Dazu gehörte auch, bei den Energiekosten den Bogen nicht zu überspannen, sondern die Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Unternehmen in Deutschland sicherzustellen. Drittens sind wir daran gegangen, mit den Reformen auf dem Arbeitsmarkt einen Paradigmenwechsel bei Qualifizierung, Ver-

mittlung und Förderung zu vollziehen. Unser Leitgedanke war und bleibt: Wir wollen, dass Menschen die Chance auf existenzsichernde Arbeit haben. Viertens haben wir in der Finanzmarktkrise ein Programm aufgelegt, das gewerbliche und kommunale Investitionen anstieß und mit der Kurzarbeit eine Beschäftigungsbrücke zum nächsten Aufschwung gebaut hat. Reformpolitik kann nur gelingen, wenn sie mutig, klar und berechenbar ist. Heute steht Deutschland vor der Gefahr, seine Position der Stärke wieder zu verspielen. Die Bundesregierung trifft keine Vorsorge. In vier Jahren hat die Regierung Merkel die politischen Zielvorgaben für die Energiepolitik mehrfach vollständig gewechselt. Sie stürzt den Industriestandort, der auf nichts so sehr angewiesen ist wie auf die Bezahlbarkeit und Sicherheit der Energieversorgung, in die Ungewissheit steigender Strompreise. In einer Zeit des Fachkräftemangels und des demografischen Wandels bremsst die Bundesregierung mit Betreuungsgeld und Kooperationsverbot von Bund und Ländern in der Bildung die Investitionen in gute Kitas und Ganztagschulen, entmutigt Frauen, die arbeiten wollen, und verhindert, dass Deutschland sein Potenzial an kreativen Talenten voll zur Geltung bringt. Deutschlands Wirtschaft hat große Stärken. In diesem Magazin wollen wir daran erinnern, was uns erfolgreich macht, und wir wollen zeigen, wie eine bessere Politik für die Zukunft vorsorgen kann.

# Der Deutschland-Motor

Ihre Zukunftsaussichten waren düster, sie galt als unmodern, überkommen, unflexibel. Nun stürmt es über Europa – und Deutschland kommt vergleichsweise trockenen Fußes durch die Krise. Ausgerechnet die verarbeitende Industrie sorgt im Land für Stabilität und Wachstum. Made in Germany erlebt ein ungeahntes Comeback

von JOCHEN PHILIPP



Die starke Industriebasis Deutschlands gilt heute als Grund für die Bewältigung der Krise

# W

er im Januar 2003 Visionäres zur wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands sagen wollte, zeigte auf Irland. Vor zehn Jahren wuchs nirgendwo in Europa die Wirtschaft schneller, entstanden mehr Jobs, stiegen die Immobilienpreise in luftigere Höhen. Mit einer niedrigen Unternehmenssteuer hatten die Iren geschickt Investoren aus der Computer-, Finanz- und Pharmabranche angelockt. Siemens, Microsoft, Google, Facebook, Cisco eröffneten Büros, Tausende kleinere Dienstleistungs-Unternehmen folgten. Die deutsche Wirtschaft hingegen wurde europaweit als hoffnungslos altmodisch belächelt. Maschinen, Elektronik, Verbrennungsmotoren: Das war nur noch „Old Economy“.

Der Boom auf der grünen Insel liegt nun Jahre zurück, aus dem Vorbild ist ein Patient geworden, den vor allem die Milliarden aus dem europäischen Rettungsfonds auf die Beine helfen müssen. Viele Firmen sind pleite, die Banken brauchen staatliche Hilfe, Steuern steigen, Häuser und Büros verlieren an Wert. Die weltweite Finanzkrise ließ das Musterland erzittern, seine Wirtschaft in kurzer Zeit kollabieren. Eine vermeintlich gesunde Volkswirtschaft erwies sich als schnelllebig und nicht kräftig genug.

Gestartet waren Deutschland und Irland damals auf Augenhöhe. Beide Länder erlangten rund ein Viertel ihrer Wirtschaftsleistung in der Industrie, Irland sogar fast ein Drittel. Doch dann schlugen die Iren den Weg einer bewussten Deindustrialisierung ein. Sie setzten auf das, was seinerzeit als modern und zukunftsfähig galt. Der Industrieanteil am Bruttoinlandsprodukt auf der Insel sank innerhalb von fünf Jahren um zehn Prozentpunkte, das Geschäft mit der Dienstleistung boomte.

Inzwischen gilt die starke Industriebasis Deutschlands als einer der wichtigsten Gründe dafür, dass das Land bisher vergleichsweise gut durch die Krise gekommen ist. Nach jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes ist der Anteil des verarbeitenden Gewerbes in Deutschland zuletzt sogar noch gestiegen – auf 26 Prozent im Jahr 2011. Jeder Vierte erwerbstätige Deutsche arbeitet in der Industrie. Damit

liegt das Land auf einem Spitzenplatz in der EU. In Frankreich ist die Zahl nur halb so groß, auch Italien, Spanien und Großbritannien reichen nicht an die deutschen Rekordwerte heran.

Der Maschinenbau etwa fuhr Rekorderlöse ein, die Unternehmer der Elektronikbranche konnten ihren Ingenieuren und Facharbeitern überdurchschnittliche Gehälter zahlen, die Zahl der Angestellten in der Biotechnologie nahm zu. Im Jahresverlauf 2012 gewann der deutsche Leitindex Dax mehr als ein Viertel an Wert.

Es war die Industrie, die Deutschland den Lehman-Schock schnell überwinden ließ. Der MDAX mit seinen Nebenwerten zeigt das am deutlichsten. Er ist das Herzstück des deutschen industriellen Mittelstands, fernab der großen Player des DAX 30. Wer im Tief des Jahres 2009 auf den MDAX gesetzt hat, kann jetzt zufrieden in sein Depot blicken. Der MDAX ist vom 10. März 2009 bis zum 31. Dezember 2012 von 4.158 auf 11.983 Punkte gestiegen – ein Plus von 188 Prozent. Der DAX ist im gleichen Zeitraum hingegen nur von 3.677 auf 7.650 gestiegen – ein Plus von 108 Prozent.

Profitiert haben aber nicht nur Anleger, sondern das ganze Land. Die gute Auftragslage der Industrie hat das Wachstum befeuert, das trotz Euro-Krise in den vergangenen zwei Jahren erstaunlich hoch war. Die Industrie ist we-

**Es war die Industrie, die Deutschland den Lehman-Schock schnell überwinden ließ**



**KRISENFEST DANK WEITSICHTIGKEIT**

Ricarda Kusch (rechts) führt das Familienunternehmen Kusch+Co, eines von vielen deutschen Unternehmen, das durch Wirtschafts- und Innovationskraft überzeugt.

niger anfällig für Aufschwung und Niedergang. Gefährdet sind Finanzprodukte und Immobilien, eine Maschinenbau-Blase gab es noch nie. Die Industrie hat Deutschland krisenfest gemacht – auch dank ihrer Weitsichtigkeit.

Denn deutsche Unternehmen haben 2012 ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung um 1,9 Prozent gesteigert, nachdem sie 2011 bereits mit 50,3 Milliarden Euro so viel wie nie zuvor investiert hatten. Für 2013 sollen erneut 3,6 Prozent dazukommen, wie der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft bestätigte.

Wer verstehen will, wer die Menschen hinter dem Industriewunder sind, muss aufs Land fahren. Stuttgart oder Wolfsburg mit ihren Autobauern und Zulieferern sind zwar industrielle Kernorte. Doch Industriekonzerne in Ballungsgebieten haben auch andere Länder. Unternehmen, die Deutschlands Alleinstellungsmerkmal ausmachen, finden sich eher in der Provinz – meist seit mindestens drei Generationen.

Kusch+Co gehört dazu, ein Familienbetrieb, der Sessel und Tische herstellt: etwa 50 Millionen Euro Umsatz, 430 Mitarbeiter, Sitz und Produktion in Hallenberg, einem Ort mit 4.421 Einwohnern im Sauerland. An der Spitze steht Ricarda Kusch, Anfang 30, Spross der Eigentümerfamilie. In Unternehmen wie ihrem – mit weniger als 500 Mitarbeitern – arbeiten in Deutschland vier Millionen Menschen und exportieren in alle Welt. Kein anderes Land hat

so viele Mittelständler, die den Weltmarkt bedienen. Ihnen sei es zu verdanken, glauben Experten, dass Deutschland noch über so viel Industrie verfüge – sie hätten sich besonders lange nicht beirren lassen, vielleicht auch gar nicht die Mittel gehabt, Fehlinvestitionen in relevanten Größenordnungen durchzuführen.

Schmerzhafte Neuausrichtungen haben deutsche Industrieunternehmen bereits in der Krise der 1990er-Jahre hinter sich gebracht. Bei Kusch+Co musste die Geschäftsleitung damals Mitarbeiter entlassen. Gleichzeitig erschloss sich das Unternehmen internationale Märkte und wandelte sich vom reinen Produzenten zum Dienstleister mit angeschlossener Produktion.

So machten es auch andere. Die meisten Industrieunternehmen bieten heute auch Dienstleistungen als Produkte an. Sie planen, beraten, vertreiben und warten die Produkte, die sie verkauft haben. Und sie gehen in alle Welt hinaus.

Gerade diese Wandlungsfähigkeit mache die deutsche Industrie so erfolgreich, darin stimmen die Experten überein. Diese Flexibilität wurde jedoch auch ergänzt durch geeignete politische Rahmenbedingungen: Die Agenda 2010 modernisierte den Arbeitsmarkt.

Die wachsende Bedeutung der Industrie aber führen Beobachter auf den Boom in großen Schwellenländern wie China zurück. Dort seien genau die Investitionsgüter gefragt, die zu den deutschen Exportschlägern gehören:

Maschinen, Elektronik und Fahrzeuge. Die deutschen Exporteure verkauften deshalb im vergangenen Jahr erstmals Waren im Wert von mehr als einer Billion Euro ins Ausland.

Dort wurde das deutsche Modell lange belächelt, nun gilt es als Vorbild. Auch andere Länder streben inzwischen nach Reindustrialisierung. Gerade die vermeintlich langweilige Industrie erwies sich als weniger krisenanfällig und gilt Experten als Retter des Wohlstands.

Der Erfolg hat sich über Europa hinaus herumgesprochen, die „intelligente Industriepolitik“ Deutschlands sei auch für die USA nachahmenswert, sagte der frühere Obama-Berater Steven Rattner in einem Spiegel-Interview. Die Agenda 2010 lobte er „für ihre Kreativität“. Ihretwegen könne die „entwickelte Wirtschaft auch in einer Welt neuer Giganten wie China und Indien wettbewerbsfähig bleiben“.

Den europäischen Nachbarn ist die Krisenresistenz Deutschlands nicht entgangen, ein einmal eingeschlagener Weg lässt sich jedoch auf die Schnelle nicht ändern: Wo derzeit über die Schuldenkrise geklagt wird, sind vor allem Deindustrialisierung und Exportschwäche für den Niedergang verantwortlich.

Noch ist beispielsweise Frankreich eine der weltweit stärksten Industrienationen. Der Pharmakonzern Sanofi, die Autofirmen Renault und Peugeot, der Energie- und Transportriese Alstom oder der Verteidigungs-, Luft- und

Raumfahrtkonzern Thales bilden eine breite industrielle Basis, die aber seit Jahren an Kraft verliert – auf Kosten der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Das Land sei keine „große Nation mehr, wenn wir nicht in der Lage sind, Züge, Flugzeuge, Autos und Schiffe zu bauen“, sagte Francois Hollandes Vorgänger Nicolas Sarkozy. In seiner Amtszeit gelang es ihm aber nicht, diesem Befund entsprechend zu agieren. Die Zahl der Arbeitsplätze in der französischen Automobilindustrie halbierte sich von 1980 bis 2010. Beim Nachbar Deutschland entwickelte sich der Markt in die Gegenrichtung: Bei BMW, VW und Mercedes Benz arbeiten heute insgesamt mehr Menschen als vor 30 Jahren.

Diese Entwicklung ist das Ergebnis der Innovationskraft deutscher Ingenieure. Den Boden bereitet ihr eine gelungene Industriepolitik im Bund. So wenig der Staat dirigistisch Einfluss nehmen darf, so deutlich muss er Leitplanken setzen und einen verlässlichen Rahmen schaffen, in dem Unternehmer ihre Geschäfte abwickeln können. Gesetze oder Auflagen sind dazu notwendig, dürfen aber nicht den persönlichen Einsatz und den Einfallsreichtum von Unternehmern bremsen. Es sind ihre Risikobereitschaft und ihr Verantwortungsgefühl, die Arbeitsplätze bieten und damit maßgeblich zum Wohl der Gesellschaft beitragen.

Wie folgenreich Industriepolitik sein kann, beweist etwa die Automobilindustrie. Die USA hielten über Jahrzehnte den Benzinpreis niedrig und verfolgten eine abenteuerliche Umweltpolitik. Man glaubte, so eine Schlüsselindustrie zu beschützen. Durch diese Politik wurde die US-amerikanische Automobilindustrie jedoch auch von jedem Innovationsdruck in Richtung Energieeffizienz abgeschirmt. Die wechselnden Regierungen, ob von Demokraten oder Republikanern gestellt, tragen deshalb im Rückblick Mitverantwortung am Niedergang dieser Branche. Oder ein anderes Beispiel: Der britische Staat beobachtete seit den 1970er-Jahren die schrittweise Auflösung seines früher als vorbildlich gepriesenen beruflichen Ausbildungssystems, während es in Deutschland seit Ende der 1960er-Jahre mehrfach modernisiert wurde. Durch den Mangel an Fachkräften unterlagen die Briten in der Folge oft im Qualitätswettbewerb, ganze Branchen gingen pleite.

Die Erkenntnis lautet also: Alleine weiß es der Markt nicht immer besser. In forschungsintensiven Branchen müssen sich Manager auf den langen Atem des Staates verlassen können – wie etwa in der Automobilindustrie. „Manche Forschungsgegenstände sind so komplex, dass es mindestens ein Jahrzehnt dauert, bis Unternehmen damit Geld verdienen“, sagte Ferdinand Dudenhöffer, Leiter des Center Automotive Research (CAR) an der Universität Duisburg-

**In forschungsintensiven Branchen müssen sich Manager auf den langen Atem des Staates verlassen können**

Essen, in der Wirtschaftswoche. Selbst große Automarken trauten sich deshalb mitunter nicht, besonders riskante und teure Projekte anzupacken. „In diesen Fällen muss der Staat der Forschung unter die Arme greifen.“ Bahnbrechende Innovationen wie bestimmte Batterietechniken oder Brennstoffzellen, Biokraftstoff oder Hybridantrieb wären ohne staatliche Hilfe wohl nie entstanden. „Kluge Industriepolitik denkt besonders an kleine Firmen“, so Dudenhöffer weiter. Diese hätten viele erstaunliche Ideen, aber kein Geld, um sie zu verwirklichen.

Wie es funktionieren kann, beweist die junge und seit Jahren unaufhörlich wachsende Umweltindustrie in Deutschland. Anfang der 1990er-Jahre war der Markt noch verschrien als die Lieblingsnische grüner Utopisten. Inzwischen liegt der deutsche Anteil am gesamten Welthandel mit Wind- und Solargeräten bei 16 Prozent und damit über den entsprechenden Werten der USA (14 Prozent) und Japans (9 Prozent). Ohne politische Interventionen wäre dieser Produktionszweig kaum entstanden. Die sauberste Branche der deutschen Industrie wird 2013 ihr Rekordjahr erleben: mit zwei Millionen Jobs. ❖

**FACTS**



**EXPORT** Kein anderes Land hat so viele Mittelständler, die den Weltmarkt bedienen. Zu den deutschen Exportschlägern gehören: Maschinen, Elektronik, Fahrzeuge. 2012 verkauften die Exporteure erstmals Waren im Wert von über einer Billion Euro ins Ausland.

**LÄNDERVERGLEICH** Im Nachbarland Frankreich halbierte sich von 1980 bis 2010 die Zahl der Arbeitsplätze in der Automobilindustrie. Bei BMW, VW und Mercedes dagegen arbeiten heute insgesamt mehr Menschen als vor 30 Jahren.

**UMWELT** Anfang der 1990er-Jahre wurde die Umweltindustrie in Deutschland noch belächelt, inzwischen liegt der deutsche Anteil am gesamten Welthandel mit Umweltschutzgütern bei 16 Prozent und damit über den entsprechenden Werten der USA und Japans.



# „Wir brauchen Stabilität“

Frank-Walter Steinmeier ist seit 2009 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Als Kanzleramtschef war er in der Regierungszeit von Bundeskanzler Gerhard Schröder zuständig für die Konzeption und Umsetzung der Agenda 2010. Ein Gespräch

❓ Die SPD-Bundestagsfraktion verlangt, dass einige Arbeitsmarktreflexionen aus rot-grünen Tagen korrigiert werden. Stellt die SPD die Agenda 2010 wieder infrage?

**STEINMEIER:** Nein, das ist Unsinn. Die Reformen des Arbeitsmarkts und der sozialen Sicherungssysteme waren nicht nur nötig, sie waren auch erfolgreich. Aber nicht immer gab es all die Effekte, die wir uns gewünscht haben.

❓ Nennen Sie ein Beispiel...

**STEINMEIER:** Ich denke an die Leiharbeit. Ich hätte mir früher nie vorstellen können, dass das Instrument missbraucht wird, um große Teile der Stammbesetzung durch Leiharbeiter zu ersetzen und auf diese Weise Lohndumping zu betreiben. Wenn größere Freiheit zu Missbrauch führt, muss das korrigiert werden.

❓ Welchen Anteil hat die Agenda 2010 daran, dass Anfang 2013 so viele Menschen in Deutschland einen Arbeitsplatz haben wie nie zuvor seit der Wiedervereinigung?

**STEINMEIER:** Auch im Ausland wird heute anerkannt, dass es ohne die mit der Agenda verbundenen Strukturreflexionen nie zu einer Erholung der Wirtschaft gekommen wäre. Deutschland war Schlusslicht in der europäi-

schen Wachstumstabelle und liegt jetzt wieder ganz vorne. Gerhard Schröder hat zum richtigen Zeitpunkt, nämlich vor der großen europäischen Krise, die Weichen neu gestellt.

❓ Das heißt, wir Deutschen können uns zurücklehnen?

**STEINMEIER:** Im Gegenteil. Was mir Sorgen macht, ist, dass die heutige Regierung von den Erfolgen einer Reformära lebt, die zehn Jahre zurückliegt. Sie trägt aber selbst nichts dazu bei, uns heute fit zu machen für die nächsten zehn Jahre. Wir leben noch von einem Reformvorsprung gegenüber anderen Staaten. Aber der muss erneuert werden.

❓ Viele Menschen empfinden die Agenda-Reformen noch heute als ungerecht und wollen von neuen Reformen deshalb nichts wissen...

**STEINMEIER:** Die Agenda ist zu Unrecht verkürzt worden auf Hartz IV. Das Herzstück war die Auflösung der grundverschiedenen Systeme Sozialhilfe und Arbeitslosenversicherung. Hunderttausende hatten erstmals die Berechtigung, die Qualifikations- und Vermittlungsarbeit der Agenturen für Arbeit zu nutzen. Zweitens ging es in der Tat darum, den Anreiz zur Arbeitsaufnahme zu erhöhen. Drittens waren die Strukturreflexionen eingebettet in eine Verbesserung des Ausbildungs- und Bildungssystems, zum

Beispiel durch das Ganztagschulprogramm. Viertens wurden die Sozialbeiträge gesenkt. Am Ende hat nicht eine Maßnahme allein den positiven Trend auf dem Arbeitsmarkt gefördert, sondern die Kombination von Ausgabendisziplin, Strukturreflexionen und Wachstumsanreizen.

❓ Welche Rolle hat neben der Agenda die Industriepolitik gespielt?

**STEINMEIER:** Die Industriepolitik wurde schon Ende der 1990er-Jahre neu formuliert. Damals mussten wir unsere Industrie gegen Ideen aus der anglo-amerikanischen Welt und der EU-Kommission verteidigen, die der klassischen Industrie und der gewerblichen Produktion keine Zukunftsperspektive in Europa gaben. Nicht nur die Briten sahen die Zukunft vor allem im Dienstleistungssystem. Wir haben diese Politik nicht mitgemacht, sondern unsere Stärke darin gesehen, dass wir die gesamte Wertschöpfungskette im Land vorhalten. Unsere Volkswirtschaft schafft es, an jedem Glied dieser Kette innovativ zu sein. Die Geschichte hat uns recht gegeben: In den EU-Staaten, in denen der Industrieanteil an der Volkswirtschaft stabil geblieben ist, ist die Arbeitslosigkeit niedriger.

❓ Was sind heute die größten Probleme für die Industrie?

**STEINMEIER:** Der Erfolg ist zugleich ein Risiko. Weil fast 60 Prozent der hier produzierten Waren ins europäische Ausland gehen, brauchen wir Stabilität und eine Rückkehr des Wachstums in der ganzen EU. Wir müssen die Industriepolitik europäischer definieren und für europäische Wertschöpfungsketten sorgen. Das würde langfristig auch zur Beseitigung der krisenhaften Erscheinungen in der EU führen. Im Inland sind verlässliche Rahmenbedingungen wichtig, damit neue Arbeitsplätze entstehen. Das setzt zum Beispiel voraus, dass das Chaos der Energiewende bald beseitigt wird.

❓ Überfordert die Energiewende die deutsche Wirtschaft?

**STEINMEIER:** Sie überfordert offensichtlich vor allem die Bundesregierung. Ich befürchte, dass das Hin- und Herstolpern den Vorsprung der deutschen Wirtschaft gefährdet. Erst wusste Merkel nicht, ob mehr oder weniger Atom der richtige Weg ist. Sie hat im Zeitraum von wenigen Monaten ihre Meinung einmal komplett geändert. Umweltminister Altmaier und Wirtschaftsminister Rösler haben die Karre nun endgültig in den Dreck gefahren. Energie muss verlässlich und bezahlbar sein. Ein ressourcenarmes Land wie Deutschland muss nach Alternativen zu Öl und Gas suchen, deshalb brauchen wir die erneuerbaren Energien. Eine Phantombesprechung über Themen wie Fracking,

also die Förderung von Öl und Gas mit hohem Druck und mit viel Chemie, ändert daran nichts. Riesige Mengen wären bei uns ohnehin nicht zu erwarten.

❓ Die deutsche Wirtschaft hat lange davon profitiert, dass die Reallöhne kaum gestiegen sind. Nun fordert die SPD-Fraktion höhere Abschlüsse und einen Mindestlohn von 8,50 Euro. Gefährdet das nicht die Wettbewerbsfähigkeit?

**STEINMEIER:** Es stimmt, dass die maßvollen Lohnabschlüsse der Sozialpartner in der Mitte des letzten Jahrzehnts den wirtschaftlichen Turnaround mit möglich gemacht haben. Die gegenwärtige Krise macht uns aber deutlich, dass dauerhaft niedrige Lohnabschlüsse nicht nur unfair gegenüber den Arbeitnehmern sind, sondern dass auch die Binnennachfrage dadurch leidet. Es gibt einen Nachholbedarf bei den Löhnen. Die Idee des Mindestlohns übrigens war schon Teil der Überlegungen zur Agenda 2010, aber Gewerkschaften und Arbeitgeber pochten damals auf ihre alleinige Zuständigkeit bei der Lohnfindung. Jetzt hat sich die gesell-



## » Das Chaos der Energiewende muss beseitigt werden FRANK-WALTER STEINMEIER

schaftliche Haltung geändert. 22 EU-Staaten haben mit Mindestlöhnen keine Probleme, und wir haben auch in Deutschland schon begonnen, mit Lohnuntergrenzen in vielen Branchen skandalöse Zustände zu beseitigen. Nur ein allgemeiner Mindestlohn sichert, dass ein Arbeitnehmer nach einem Monat Arbeit in Vollzeit nicht noch einen Zuschuss vom Staat braucht.

Wie lässt sich der Mittelstand, also das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, stärken?

**STEINMEIER:** Das Wichtigste sind verlässliche Rahmenbedingungen. Der Wildwuchs von Bürokratie muss eingedämmt werden. Im kommenden Jahrzehnt liegt die größte Gefahr im Nachwuchsproblem. Aus dem Ingenieurmangel ist schon lange ein Fachkräftemangel geworden. Handwerk und mittelständische Betriebe suchen händeringend junge Menschen. Deshalb ist das größte Unterstützungsprogramm für den Mittelstand eine aktive Bildungspolitik. Alle staatlichen Ebenen müssen auch bei knappen Kassen mehr in die jungen Menschen investieren. Möglichst keiner sollte auf der Strecke bleiben. In den Lehrberufen steigen die Anforderungen immens. Der heutige Anlageninstallateur muss ein ganz anderes Fachwissen haben als der Klempner vor 50 Jahren und zum Beispiel Geothermie- oder Solaranlagen samt Steuerungstechnik installieren können. ❖





# Ein Land unter Strom

Über das Ob streitet schon lange niemand mehr: Deutschland steckt mitten in der Energiewende. Der Strom aus Wind, Wasser und Sonne könnte Unternehmer zu Vorreitern in Europa machen – wenn die Wende als Chance für die Wirtschaft betrachtet würde

von **JOCHEN PHILIPP**

**D**ie Zeit der Verwandlungskünstler ist angebrochen, also jener Spezies, die überlebt, weil sie sich ihrer Umwelt perfekt anpassen kann. Strako aus Bremerhaven gehört dazu. Das Unternehmen glättet und beschichtet seit über 35 Jahren Stahlwände – seit einiger Zeit immer öfter die von Leuchttürmen oder Tiefseeterminals. Das Management beschloss, dem Betrieb „Offshore-Kompetenz“ zu verordnen, um den Markt für Windkraft auf See zu erschließen. Warum? 2.000 Windräder sollen sich in zehn Jahren vor den deutschen Küsten drehen, bis 2030 sollen 25.000 Megawatt Leistung aus Offshore-Windparks kommen. Und mit jedem neuen Windrad entsteht für die Firma ein potentiell neuer Auftrag.

Verwandlungskünstler wie Strako erleben zurzeit eine grüne Renaissance. Sie haben angefangen umzudenken, ihr Angebot zu erweitern oder umzustellen. Sie haben erkannt, dass sich mit einer Kombination aus mittelständischer Expertise und unternehmerischer Beweglichkeit an der Energiewende gutes Geld verdienen lässt. Sie vertrauen darauf, dass die Politik langfristig verlässliche Rahmenbedingungen dafür schafft.

Dann könnte auch die ganze deutsche Wirtschaft von der Energiewende profitieren, direkt oder indirekt. Im Anlagenbau etwa ist Deutsch-

land Weltmarktführer, sodass viele Investitionen im Ausland auch das eigene BIP stärken. Der Bau von Wind- und Solaranlagen, von neuen Kraftwerken, der Ausbau der Netze, aber auch die Gebäudesanierung und die Elektromobilität können riesige neue Märkte erschließen. Geld für Öl und Gas landet bei ausländischen Konzernen, von der Energiewende würden hingegen deutsche Mittelständler und ihre Angestellten unmittelbar profitieren. Eine moderne, umweltfreundliche Energiepolitik könnte den Standort Deutschland auf Jahrzehnte hinaus stärken.

Doch das Jahrhundertprojekt Energiewende ist zu einem Angstgegner für manche Unternehmen geworden, seit die Regierung immer wieder die Stabilität des Strompreises gefährdet. Statt mit klaren gesetzlichen Vorgaben Vertrauen zu schaffen, verschrecken Wirtschafts- und Umweltministerium mit Projekten wie der vermeintlichen Strompreispbremse all jene, die Zugpferde des Wandels sein müssten. Ausgerechnet Unternehmer müssen nach Plänen des Umweltministers mit höheren Strompreisen rechnen. Firmen, die in grünen Strom investieren wollen, werden auf Planungssicherheit verzichten müssen.

Die Stadtwerke München, größtes kommunales Unternehmen in Deutschland, gaben bekannt, erst wieder in erneuerbare Energien

zu investieren, wenn beim Strompreis Rechtssicherheit herrsche. Der Verband der chemischen Industrie, die Chemiegewerkschaft IG BCE und der Chemie-Arbeitgeberverband BAVC fordern in einem Brief an die Kanzlerin, die Preise für Strom nicht explodieren zu lassen. Keine andere Branche ist wegen ihres hohen Verbrauchs so sehr auf Verlässlichkeit angewiesen. „Energiekosten zählen zu den immer wichtigeren Standortfaktoren. Wenn die Unterschiede in einzelnen Wirtschaftsregionen zu groß werden, wirkt sich das langfristig auf Wachstum und Beschäftigung aus“, sagte der Präsident des Verbandes der Automobilindustrie in einem Interview.

Dazu kommen Zweifel an der Versorgungssicherheit im Land. Nur 13 von 72 befragten Professoren der Wirtschaftswissenschaften glaubten, dass Deutschland seinen hohen Standard in Sachen Versorgungssicherheit mittelfristig halten können. 24, fast doppelt so viele, äußerten sich diesbezüglich kritisch. Das ergab eine Umfrage des Instituts der Deutschen Wirtschaft.

Diese Skeptiker stehen nicht alleine da: Selbst die Autoren eines Regierungspapiers äußern Zweifel. „Aufgrund des langsamen Netzausbaus sind zur Sicherstellung der Versorgung in Süddeutschland zusätzliche Maßnahmen erforderlich“, heißt es im Monitoringbericht zur Energiewende. Die Situation werde angespannt bleiben, wenn man die gesteckten Ziele erreichen will: 2020 sollen erneuerbare Energien rund 35 Prozent des Strombedarfs decken.

Die potenziell verfügbare Menge an Strom aus regenerativen Quellen steigt zwar insgesamt, die gesicherte Kapazität sinkt aber. Der Strom aus Wind und Sonne stellt besondere Ansprüche: Bei Flaute und bedecktem Himmel drohen in Spitzenzeiten mit hohem Stromverbrauch Deckungslücken, wie eine Studie des Unternehmensberaters PricewaterhouseCoopers (PwC) ergab. Das Problem: Das derzeitige Strommarkt-Design schafft keine wirtschaftlichen Anreize, um die künftig benötigten Reservekapazitäten zu schaffen. Stattdessen bedrohen die Pläne des Umweltministers die Betreiber von Ökostromanlagen in ihrer Existenz und setzt die Wirtschaftskraft des alternativen Energiesektors aufs Spiel.

Im vergangenen Dezember hat der Bund den Bau dreier großer Stromautobahnen von insgesamt 2.800 Kilometern Länge beschlossen. Sie sollen dafür sorgen, dass der verfügbare grüne Strom bei Bedarf flexibel und schnell von der Nordsee an den Alpenrand transportiert werden kann. Doch von 2009 bis heute wurden lediglich 280 Kilometer neue Übertragungsleitungen gebaut. Bleibt es bei diesem Schneckentempo, wird sich der Ausbau allerdings bis ins Jahr 2060 ziehen. Dann ist die Chance vertan, das Land ins regenerative Zeitalter zu führen. ❖

# Gefahr für das Geschäftsmodell Deutschland

Wenn ein Unternehmen qualifizierte Mitarbeiter brauchte, stellten die Personalchefs einfach welche ein. So lief das in Deutschland lange Zeit. Doch seitdem mehr Ingenieure in Rente gehen, als die Hochschulen neue ausbilden, steht die Wirtschaft vor einem Problem. Die optimistische Stimmung kippt. Die Fachkräftesicherung ist die Herausforderung der Stunde

von JOCHEN PHILIPP

Wenn Ferchau nicht liefert, hebt der Airbus nicht ab. So einfach ist das. Und so kompliziert: Ferchau Engineering sollte helfen, Teile der Airbus-A350-Serie zu bauen, Großflugzeuge aus Kohlefasern. Um pünktlich liefern zu können, brauchte der Know-how-Dienstleister Ferchau die Expertise Dutzender Ingenieure in Laupheim an der bayerisch-württembergischen Grenze. „In keiner technischen Branche sind die Bedingungen durch hochkomplexe Prozesse so anspruchsvoll und die Anforderungen so hoch wie in der Luft- und Raumfahrt“, sagt Harald Felten, der den Geschäftsbereich Aviation leitet. Und dann das: Die Luftfahrt boomt und dem Unternehmen gingen die Berechnungsingenieure aus.

Noch nie war der Fachkräftemangel in Deutschland so groß: 105.700 offene Stellen meldete der Verein der Deutschen Ingenieure

(VDI) im Februar 2012 – ein Rekordhoch seit Beginn der Erhebung im Jahr 2000. Allein im vergangenen Jahr habe Deutschlands Wirtschaft dadurch acht Milliarden Euro verloren. „Deutschland bleibt ein Land der Techniker und Bastler, aber uns geht der Nachwuchs aus“, sagte Siemens-Chef Peter Löscher in einem Interview mit der Bild am Sonntag.

Nicht Arbeitgeber können sich ihre Angestellten aussuchen, es sind die gut ausgebildeten Betriebswirte, Ingenieure, Facharbeiter, die heute die Wahl haben. Nur die Guten werden es schaffen, das ergaben Untersuchungen des Beratungsunternehmens Deloitte – gemeint waren die Arbeitgeber. Der limitierende Faktor für die Zukunft sei der Personalmangel. Der Grund? Die Demografie.

Zu wenig Geburten, zu wenig Schulabgänger, zu wenig Studenten, zu wenig Migranten,

zu wenig Frauen, die nach der Babypause zurück zur Arbeit kommen, viel zu wenig Ingenieure. Deutschland schrumpft, nur der Umsatz wächst noch.

Beispiel Bayern: 28 Prozent aller Unternehmen können offene Stellen nicht besetzen. Schon jetzt würden Firmen Aufträge ablehnen, weil ihnen Fachkräfte fehlen, heißt es bei der IHK für München und Oberbayern. Besonders hart trifft es Firmen, die im ländlichen Raum angesiedelt sind.

3714 Einwohner zuzüglich der Bewohner der Nachbardörfer Finning (1661) und Eresing (1841): das ist Windach in Oberbayern, Stammsitz des Klebstoffherstellers Delo mit 350 Mitarbeitern. „Wir finden einfach nicht die Mitarbeiter, die wir brauchen“, sagt Sabine Herold, die mit ihrem Mann das Unternehmen führt und ehrenamtlich dem BDI-Präsidium angehört. 125 Stellen wollte Delo 2012 besetzen, 35 blieben bis Jahresende offen.

50 Prozent der Delo-Belegschaft sind Frauen. „Aber wenigen gelingt es, mit kleinen Kindern Vollzeit zu arbeiten“, sagt Herold. Im Umkreis von zwei Kilometern gibt es in Windach zwar drei Kindergärten. Sie öffnen aber spät und schließen früh. „Unsere Mitarbeiterinnen nutzen sie nicht. Sie fordern für ihre Kinder eine flexible Betreuung am eigenen Wohnort, damit die Wege für beide Eltern kurz sind“, sagt Herold.

Bei Ferchau Engineering, den Airbus-Zulieferern, kennt man das Problem. Nur für die Standorte in Hamburg oder München finden die Personalabteilungen leichter ihre Leute, auch wenn diese aus dem Ausland kommen oder Familie haben. In den Büros dort wird Englisch gesprochen, am Standort Laupheim Schwäbisch.

Im Ringen um die qualifizierten Fachkräfte haben kleine und mittlere Unternehmen oft das Nachsehen. Sie können im Schnitt weniger zahlen und haben ihren Sitz oft dort, wo Deutschland zwar schön, aber nicht unbedingt urban ist. Selbst kleine Mittelständler müssen inzwischen Millionen für das „Employer Branding“ ausgeben. Dabei geht es darum, sich als attraktiver Arbeitgeber zu inszenieren. So ist die Arbeitswelt um eine Paradoxie reicher: Mitarbeiter aus Personalabteilungen erzählen, dass auch Betriebe „Fachkräftemangel“ rufen, die gar keinen haben – um nicht als Verlierer dazustehen. So wird das Bild einer Welt voll Harmonie und Vollbeschäftigung gezeichnet. Ein Bild, das von der Arbeitslosenstatistik gestützt wird. Die Zahl der Erwerbslosen verminderte sich 2012 um 184.000 (-7,4 Prozent) auf 2,32 Millionen – den niedrigsten Stand seit 1991. Die tatsächliche Zahl der Erwerbslosen ist aber nach wie vor viel höher. Wenn man die Ein-Euro-Jobber sowie jene Arbeitswilligen dazurechnet, die in Beschäftigungsgesellschaften feststecken, sind knapp vier Millionen ohne Job.



„Wir finden einfach nicht die Mitarbeiter, die wir brauchen“, sagt Sabine Herold, die gemeinsam mit ihrem Mann das Unternehmen Delo, ein Hersteller von Klebstoffen, in Windach in Oberbayern führt. 125 Stellen wollte sie 2012 besetzen, 35 blieben offen

Dazu kommt, dass der Aufschwung regional stark variiert. Die Arbeitslosenquoten schwanken zwischen 1,2 Prozent im bayerischen Landkreis Eichstätt und 15,3 Prozent im Landkreis Uckermark in Brandenburg. Im Osten ist die Quote immernoch doppelt so hoch wie im Westen. Bei der Verteilung nach Personengruppen gebe es „gewaltige Disparitäten“, sagte Bundesagentur-Vorstand Heinrich Alt vor Kurzem. In den vergangenen fünf Jahren sank die Arbeitslosigkeit um 25 Prozent, die Zahl der Hartz-IV-Bezieher aber nur um 15 Prozent.

Die Zahlen zeigen, dass die Fachkräftesicherung auf dem gegenwärtigen Arbeitsmarkt eine

Herausforderung unter vielen ist. Gerade Mittelständler nehmen die Sache deshalb oft selbst in die Hand. In der Zentrale von Voith, einem Maschinen- und Anlagenbauer mit mehr als 42.000 Mitarbeitern weltweit und einem Umsatz von über fünf Milliarden Euro, wussten die Verantwortlichen schon in den 1970er-Jahren, dass in der Zukunft Fachkräftemangel drohen würde. Voith gelang es, die erste Duale Hochschule Baden-Württembergs an den Firmensitz nach Heidenheim zu holen. Heute bleiben 70 Prozent der Absolventen im Unternehmen. Fachkräftemangel? Man hat bei Voith davon gehört, aber nie einen erlebt. ❖

## FACTS

**FACHKRÄFTEMANGEL** 105.700 offene Stellen meldete der VDI. 2012 hat die deutsche Wirtschaft dadurch acht Milliarden Euro verloren.

**BEISPIEL BAYERN** 28 Prozent aller bayerischen Unternehmen können offene Stellen nicht besetzen. Besonders hart trifft es Firmen auf dem Land.

**DISPARITÄT** Im Osten ist die Arbeitslosigkeit immer noch doppelt so hoch wie im Westen.



# Europameister der Erfinder

Deutsche Unternehmen haben gezeigt, wie man der Krise trotzt: durch Anpassungsfähigkeit und kontinuierliche Erneuerung. Doch neue Ideen in Innovationen zu verwandeln, ist nicht immer einfach – vor allem dann, wenn die richtigen Rahmenbedingungen fehlen

von **LENZ KOPPELSTÄTTER**

**E**ine Innovation beginnt mit einer Idee. Ideen haben deutsche Unternehmen traditionell genug. Jahr für Jahr machen sie Erfindungen, die als Grundlage für Wirtschaftswachstum dienen. Aus keinem anderen europäischen Land treffen im Jahr so viele Patente beim Europäischen Patentamt (EPA) ein wie aus Deutschland. Das Amt zählte 2012 genau 13.321 erteilte Patente, macht in dieser Kategorie Rang 2 – hinter den außereuropäischen Zulassungen aus den USA (14.699). Aber 13.321 Ideen sind noch keine Innovation.

Die Zahl der erteilten Patente kann nur ein Indiz für die Innovationskraft einer Volkswirtschaft sein. Eine Studie der Stiftung Deutsche Telekom und des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) versucht deshalb jährlich einen Innovationsindikator zu errechnen. Das Ergebnis: Deutschland liegt im internationalen Vergleich auf Rang 6. Positiv sei vor allem die Kraft der deutschen Wirtschaft, die, so die Autoren, leistungsstark und effizient sowie gut mit der Wissenschaft vernetzt sei. Der Abstand zur Weltspitze ist vor allem auf ein schwaches Abschneiden in der Kategorie Staat zurückzuführen.



ren. Kurz: Es mangelt an optimalen politischen Rahmenbedingungen.

„Deutsche Unternehmen haben es nicht leicht, in den starren behördlichen und politischen Korsetts Innovationen zu entwickeln“, sagte auch Joachim Schuble, Initiator der „Top 100“-Initiative, die innovative Mittelständler auszeichnet. In einer Umfrage der Initiative bezeichneten zuletzt 93 Prozent der Unternehmer behördliche Genehmigungsverfahren als Innovationshürde. 71,9 Prozent kritisierten die politischen Rahmenbedingungen.

Hinzu kommen aber noch weitere Innovationshemmnisse. „Der wachsende internationale Wettbewerb, der demografische Wandel und der rasante Strukturwandel wirbeln die Arbeitsbedingungen durcheinander“, erklärte Helmut Ehnes von der Initiative „Offensive Mittelstand“ in einem Interview mit dem Handelsblatt. Besonders China drängt mit teils dreisten Kopiermethoden und mit noch nie da gewesener Geschwindigkeit auf den Markt.

Deutsche Unternehmen konzentrieren sich wegen dieser Rahmenbedingungen häufig auf die Optimierung bestehender Prozesse, neue Investitionen in Zukunftsbranchen halten sich in Grenzen. Andere Länder dagegen haben das Hauptaugenmerk längst auf diese Bereiche gelegt: Gerade in den USA und in Japan – neben Deutschland Spitzenreiter im EPA-Ranking – haben Biotechnologie und Computer Priorität.

Damit Deutschland also seinen Platz unter den erfinderischsten Ländern der Welt halten kann, fordern zum Beispiel die Autoren des Innovationsindikators mehr staatliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung und höhere Investitionen in Bildung, insbesondere in die mathematisch-naturwissenschaftliche. Der Wohlstand Deutschlands könne nur so dauerhaft gesichert werden. Oder anders ausgedrückt: Wohlstand braucht Innovation. 13.321 Ideen sind zwar noch keine, aber ein guter Anfang. ❖

# ZURÜCK ZUR REALWIRTSCHAFT

Das produzierende Gewerbe hat ausgedient, hieß es bis vor wenigen Jahren. Heute ist man klüger. Denn es waren die Industrie und mittelständische Unternehmen, die Deutschland erfolgreich durch die Krise gebracht haben. Nun geht der Blick nach vorne

**V**or zehn Jahren nannte man Deutschland den „kranken Mann Europas“. Seinerzeit ertönte nicht nur im Ausland, sondern auch in den deutschen Talkshows regelmäßig dasselbe Mantra: Die Zukunft unserer Ökonomien liege in innovativen Finanzdienstleistungen – das produzierende Gewerbe habe hierzulande ausgedient und sei im globalen Wettbewerb ohnehin den aufstrebenden Entwicklungsländern zu überlassen. Deutschland widerstand damals diesem Ruf – zum Glück.

Heute ist man klüger: In ganz Europa ist die Einsicht eingekehrt, dass (Finanz-)Dienstleistungen allein nicht der Schlüssel zu langfristigem Wachstum und Wohlstand sind. Es ist die Industrie, die Realwirtschaft, die Länder wie Deutschland oder auch Polen und Litauen erfolgreicher durch die Krise gebracht hat als solche Länder, die jenem Mantra damals folgten. Und es ist das Verdienst der vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen, die beharrlich daran gearbeitet haben, dass sich deutsche Produkte auf dem Weltmarkt durch Innovationskraft behaupten können. Die Politik hat im vergangenen Jahrzehnt durch mutige Arbeitsmarktreformen und intelligente Zukunftsinvestitionen den Erhalt der Realwirtschaft ermöglicht.

Mit dem Blick nach vorne geht es nun darum, die Stärke der Realwirtschaft hierzulande auszubauen und damit auch für Europa neue Perspektiven für ein nachhaltiges Wachstum zu schaffen. Denn eines hat die Krise der vergangenen Jahre deutlich gemacht: Der Export, unsere größte Stärke, ist gleichzeitig die Stelle unserer größten Verwundbarkeit – vor allem jetzt in der Krise Europas. 60 Prozent unserer Exporte, in manchen Branchen sogar 80 Prozent, gehen in die Europäische Union, nur sechs Prozent nach China. Damit liegt auf der Hand: Wenn die Menschen in Frankreich, Spanien und Italien nicht mehr einkaufen gehen, wenn spanische und französische Unternehmen keine Maschinen mehr bestellen, Portugal, Polen oder Griechenland keine Straßen und Flughäfen mehr bauen, dann gehen auch unseren Unternehmen im hohen Maße die Aufträge und die Arbeit aus. Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Frank-Walter Steinmeier, bringt es auf den Punkt: „Es kann Deutschland nicht gut gehen, wenn es Europa schlecht geht!“

In Europa gilt es deshalb, notwendige Sparmaßnahmen mit intelligenten Wachstumsinvestitionen zu verbinden. Eine effiziente öffentliche Verwaltung gehört ebenso zu einer Wachstumsagenda wie



## DEUTSCHE PRODUKTE

Durch Innovation haben sich deutsche Produkte auf dem Weltmarkt behauptet. Nun geht es darum, die Stärke der Realwirtschaft auszubauen und damit auch für Europa Perspektiven zu schaffen

Investitionen in Energieeffizienz, Forschung und Entwicklung oder grenzüberschreitende Verkehrs- und Energieinfrastrukturen.

Und auch in Deutschland sieht die SPD-Bundestagsfraktion Handlungsbedarf. Die wirtschaftlichen Aussichten für 2013 bessern sich zwar, sie sind aber bei Weitem nicht rosig. Schlappe 0,4 Prozent Wirtschaftswachstum prognostiziert die Bundesregierung – zu wenig, um den europäischen Konjunkturmotor anzutreiben. Stattdessen drohen wir im Reformstau stecken zu bleiben: Die Energiewende stockt, unsere Straßen und Schienen veralten, und Unternehmen halten Investitionen zurück aus Unsicherheit über die Zukunft. „Die Reformrendite, von der diese Regierung zehrt, ist bald aufgebraucht. Sie lebt von geborgter Zeit“, sagt Steinmeier. Statt die Energiewende voranzubringen, streiten sich die Ressorts: Minimalkompromisse statt Masterplan.

Die SPD-Bundestagsfraktion aber weiß, dass die Weichen für eine starke Realwirtschaft heute gestellt werden müssen. Der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion, Wolfgang Tiefensee, konstatiert: „Wir brauchen eine Energiepolitik, die Investitionen in erneuerbare Energien ebenso gewährleistet wie bezahlbare Preise, eine Industriepolitik, die gerade auch dem Mittelstand günstige Rahmenbedingungen schafft, und wir brauchen mehr Investitionen in Bildung und Infrastruktur, um eine langfristige Rendite für unsere Volkswirtschaft zu sichern.“ Daran wird deutlich: Sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik geht es gleichermaßen um den Erhalt der breiten industriellen Wertschöpfungsketten wie um den Ausbau der Wachstumspotenziale der deutschen Wirtschaft. ❖



## ZUR FINANZPOLITIK

Die soziale Marktwirtschaft Made in Germany steht wieder hoch im Kurs. Doch was für jeden Betrieb gilt, muss auch für die Banken gelten. Im Verlustfall muss die Verantwortung übernommen werden. Und wir benötigen einen grundlegenden Kulturwandel – denn Unternehmen brauchen einen stabilen Finanzsektor

von PEER STEINBRÜCK

Deutschland ist ein starkes Land, auf das wir alle stolz sein können. Wer hätte vor zehn Jahren angesichts des Einflusses eines marktradikalen Paradigmas gedacht, dass es eine solche Rückbesinnung auf die soziale Marktwirtschaft Made in Germany geben würde? Das Ansehen unseres Modells ist gewachsen – gut ausgebildete Fachkräfte und Qualitätsarbeit, ausgeprägt starke Realwirtschaft mit vielen mittelständischen Weltmarktführern, ja, und auch Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft. Eine Achillesferse haben wir aber: Es wird zu wenig investiert. Wir leben zu sehr von der Substanz. Das liegt auch daran, dass auf den Kapitalmärkten das nachhaltige Investment in produktives Kapital gegenüber spekulativen Anlagen zu schwach ist.

Die einzige sozial nützliche Finanzinnovation seit vielen Jahren war die Erfindung des Geldautomaten, sagte sinngemäß kein Geringerer als Paul Volcker, ehemals Präsident der amerikanischen Notenbank. Man muss nicht ganz so weit gehen, um festzustellen: Die Finanzkrise hat den Mythos der selbst ernannten Meister des Universums entzaubert. Geblieben sind hohe Schuldenberge und ein tief gehender Vertrauensverlust in die Funktionsfähigkeit des Finanzsystems.

Für jeden Unternehmer gilt: Im Erfolgsfall streicht er Gewinne ein, im Verlustfall muss er haften – mitunter sogar mit seinem gesamten persönlichen Vermögen. Durch die Krise wurde dieses konstitutive Element unserer Wirtschaftsordnung infrage gestellt. Was für den Besitzer eines Handwerksbetriebs gilt, muss auch wieder für Banken, deren Manager



und Eigentümer gelten. Gerät eine Bank in Schieflage, müssen Boni zurückgefordert, Eigentümer und Gläubiger an Verlusten beteiligt und in letzter Konsequenz auch große, grenzüberschreitende Banken geordnet abgewickelt werden – von einer europäischen Abwicklungsbehörde mit einem Restrukturierungsfonds, den die Banken und nicht die Staaten finanzieren. Jede weitere Vereinnahmung des Steuerzahlers als Gläubiger der letzten Instanz wird über kurz oder lang zu einem legitimatorischen Problem unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung anwachsen.

Unternehmen, insbesondere mittelständische Unternehmen, brauchen stabile Banken als Finanzvermittler und verlässlichen Finanzierungspartner. Es gibt Banken, die sich die dazu nötige langfristige Orientierung und Kultur der Nachhaltigkeit bewahrt haben. Aber es sind zu wenige. Die Fixierung auf kurzfristig maximale Renditen und Bonuszahlungen hat überhand genommen. Hier reicht es nicht, einen Kulturwandel nur anzukündigen, dieser muss auch in Geschäftspraktiken und Vergütungsstrukturen fest verankert werden.

Gute Politik sichert einerseits die Funktionsfähigkeit von Finanzmärkten und ihre Dienstleistungsfunktion. Andererseits verpflichtet sie alle Marktteilnehmer auf das Gemeinwohl. So viel Markt wie möglich und so viel staatliche Regelsetzung wie nötig. Das ist unser Weg zum Erfolg! ❖

### Impressum

#### Herausgeber:

SPD-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel. 030/227-57133, Fax 030/227-56800  
oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de  
www.spdfraktion.de

**Verantwortlich (i.S.d.P.):** Petra Ernstberger, MdB,  
Parlamentarische Geschäftsführerin

**Verlag:** G+J Corporate Editors GmbH, Stubbenhuk  
10, 20459 Hamburg, www.corporate-editors.com;

**Geschäftsführung:** Soheil Dastyari. „Unterneh-

men Zukunft“ wurde produziert im Büro Berlin (Friedrichstraße 82, 10117 Berlin); **Leitung:** Joerg Strauss; **Art Direktion:** Jürgen Kaffer (FR), Maja Nieveler; **Publishing Manager:** Margitta Schulze Lohoff (Tel. 030 / 2757 2409 6821, lohoff.margitta@guj.de); **Autoren:** Jochen Philipp (FR), Peter Ehrlich (FR), Lenz Koppelstätter (FR); **Bildredaktion:** Stephanie Harke; **Lektorat/Verifikation:** Dr. Egbert Scheunemann (FR); **Litho:** MWW Medien Hamburg; **Druck:** Neef + Stumme Wittingen; **Titel-/Umschlagfoto:** istockphoto; **Fotos:** S. 2 Ute Grabowski/Photothek, ambientpictures, Christ Sattelberger/Blend Images, S. 3 Oliver Helbig, S. 4 Henrik Spohler, S. 6 Oliver Ruether/Laif,

S. 7 F1online, S. 8/9 Oliver Helbig, S. 10 H.-G. Oed, S. 13 Plainpicture, Getty Images [2], Mauritus Images, S. 14 F1online [2], S. 15 istockphoto, S. 16 Markus Hoehn/Laif, S. 17 Bernhard Classen/bab.ch, S. 18 istockphoto, S. 19 Wegner/Laif; **Rechte:** Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der SPD-Bundestagsfraktion. **Redaktionsschluss:** 20.03.2013

## DEN MITTELSTAND STÄRKEN

Die Herausforderungen für kleine und mittlere Unternehmen sind groß. Der demografische Wandel und die Finanzkrise sind dabei nur zwei Faktoren von vielen. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt auf Projekt- und Forschungsförderung, um die Rahmenbedingungen für den Mittelstand zu verbessern

Kleine und mittlere Unternehmen sind flexibel, innovativ und zeichnen sich häufig durch eine starke regionale Verbundenheit aus. „Zentraler Erfolgsfaktor ist die Verbindung von Eigentum und Geschäftsführung“, sagt Wolfgang Tiefensee, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Das führe zu einem langfristigen Denken statt zu kurzfristigem Profitstreben. Hinzu kommt die besondere Verantwortung der Unternehmerin oder des Unternehmers für jeden Einzelnen der Belegschaft. Doch auch die Herausforderungen sind groß: Der demografische Wandel, die europäische Finanzkrise und der internationale Innovationsdruck bringen für Mittelstand und Handwerk ganz spezifische Probleme mit sich. Hinzu kommt die Energiewende: Sie ist für den Mittelstand Chance und Risiko zugleich.

Der demografische Wandel wird den Druck auf die Personalplanung und -entwicklung in den nächsten Jahren weiter verstärken. Die Zahl der Schulabgänger geht zurück, das Ringen um Fachkräfte nimmt zu. Kleine und mittlere Unternehmen, kurz KMU, sind in besonderer Weise vom Fachkräftemangel betroffen. Im Wettbewerb um qualifiziertes Personal ziehen sie oft den Kürzeren, auch weil das Lohnniveau in der Industrie deutlich höher ist. Die SPD-Mittelstandsbeauftragte für das Handwerk, Rita Schwarzelühr-Sutter, fordert daher, dem drohenden Fachkräftemangel offensiv zu begegnen: „Das Handwerk ist der Ausbilder der Nation.“ Um den Fachkräftebedarf auch künftig zu sichern, müsse man an vielen Stellen ansetzen. „Wir wollen die Kinderbetreuung auch in ländlichen Räumen ausbauen, die Schulabbrecherquote senken, die Integration ausländischer Fachkräfte verbessern, lebenslange Qualifizierung und Weiterbildung unterstützen“, sagt die SPD-Politikerin. Die Duale Ausbildung will unter anderem ein Recht auf Berufsausbildung einführen und das von der Bundesregierung eingeführte Betreuungsgeld zurücknehmen.

Die Eigenkapitalquote hat sich gerade im Mittelstand in den vergangenen Jahren sehr gut entwickelt. Schwierigkeiten könnten den kleineren und mittleren Unternehmen jedoch im Hinblick auf die Finanzierung drohen: durch das Zusammenfallen einer möglichen konjunkturellen Eintrübung und mit der Einführung von Basel III. Die Beauftragte der SPD-Bundestagsfraktion für Mittelstand und Freie Berufe, Andrea Wicklein, sagt deshalb: „Es muss frühzeitig gehandelt werden, um das Risiko einer Kreditverknappung zu reduzieren. Basel III muss mittelstandsfreundlich ausgestaltet werden. Außerdem wollen wir Finanzierungsinstrumente wie Leasing, Factoring oder die Ausgabe von Mittelstandsanleihen stärken.“ Daneben würden aber auch weiterhin die „klassischen“ Mittelstandsfinanzierer, also die Sparkassen, die Volks- und Genossenschaftsbanken, aber auch Bürgschaftsbanken und Privatbanken gebraucht.



### BÜROKRATIEABBAU

Neben der Projekt- und Forschungsförderung geht es hauptsächlich auch darum, bürokratische Pflichten zu reduzieren, um die Erfolgsgeschichte des deutschen Mittelstands fortzuschreiben

Nur eine dauerhafte Stabilität dieser wichtigen Partner von Mittelstand und Handwerk gewährleistet deren reibungslose Finanzierung.

Die deutschen mittelständischen Unternehmen sind erfolgreich, weil sie innovativ, tatkräftig und mutig sind. Mit zuverlässigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern liefern sie qualitativ hochwertige Produkte. Beim mittelständischen Tüfler geht es jedoch nicht immer nur um Hightech. Hier liegt das Innovationspotenzial häufig eher in der Verfahrensoptimierung als in einer bahnbrechenden Erfindung. In jedem Fall braucht es qualifizierte Fachkräfte, aber auch Freiräume im betrieblichen Ablauf. Mit der Personaldecke in mittelständischen Unternehmen ist das nicht immer vereinbar. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt daher neben der Projektförderung auf eine steuerliche Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen. Da Innovationen gerade auch in jungen Unternehmen entstehen, plädieren Wicklein, Schwarzelühr-Sutter und Tiefensee dafür, die Kürzung des Existenzgründerzuschusses zurückzunehmen und einen erleichterten Zugang zu Wagniskapital zu schaffen.

Die skizzierten Herausforderungen können nur bewältigt werden, wenn die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für den Mittelstand verbessert und bürokratische Hemmnisse abgebaut werden. Dazu gehört es, bürokratische Pflichten zu reduzieren, insbesondere bei Vorgaben von EU-Ebene. Auch müssen Zahlungsmoral und Gewährleistung gefördert werden. Eine stärkere Beteiligung von Vermögenden an der Finanzierung von Bildungs- und Infrastrukturinvestitionen sowie am Abbau der Staatsschulden darf nicht an die Substanz der Unternehmen gehen. Zu günstigen Rahmenbedingungen gehört nicht zuletzt auch eine mittelstandsfreundliche Gestaltung der Energiewende. Gerade bei energieintensiven kleineren Betrieben in wettbewerbsintensiven Branchen, zum Beispiel bei Bäckereien, wird es darauf ankommen, dass Strom bezahlbar bleibt. Auf all diesen Gebieten hat die SPD-Bundestagsfraktion konkrete Politikangebote für den deutschen Mittelstand. Damit will sie Mittelstand, Selbstständigkeit und Existenzgründungen stärken – und die Erfolgsgeschichte Mittelstand fortschreiben. ❖



## FACHKRÄFTE SICHERN

Die Wirtschaft klagt über Fachkräftengpässe. Dabei lassen sich laut Bundesagentur für Arbeit bis 2025 über fünf Millionen zusätzliche Fachkräfte mobilisieren – wenn Politik und Sozialpartner etwas dafür tun. Notwendig sind Investitionen in Bildung, bessere Erwerbschancen für Frauen und Ältere und eine gezielte Integrations- und Zuwanderungspolitik

Drei von vier Müttern ohne Job wollen arbeiten. Und viele Mütter in Teilzeit würden ihre Arbeitszeit gerne aufstocken. Aber sie können Familie und Beruf nicht vereinbaren. Das Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) hat ausgerechnet, dass die nicht realisierten Erwerbs- und Arbeitszeitwünsche allein von Müttern einem ungenutzten Potenzial von über 1,5 Millionen zusätzlichen Vollzeitkräften entsprechen.

Ähnliches gilt für zwei andere Gruppen: Die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer liegt deutlich unter dem Durchschnitt. Der Anteil der erwerbstätigen Migrantinnen und Migranten fällt seit Jahren um etwa zwölf Prozentpunkte niedriger aus als die

Erwerbsquote insgesamt. Überdies verlassen jedes Jahr über 50.000 Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Abschluss. Fast 1,5 Millionen junge Erwachsene zwischen 20 und 29 haben keine Berufsausbildung.

Angesichts des wachsenden Fachkräftebedarfs mahnt SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil: „Unser Land kann es sich nicht länger leisten, diese Potenziale brachliegen zu lassen.“ In Deutschland drohe ein gespaltener Arbeitsmarkt, so Heil, einerseits mit Unternehmen, die Fachkräfte suchen, andererseits mit Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit. Unter seiner Federführung hat die SPD-Bundestagsfraktion deshalb im vergangenen Jahr ein Konzept zur Fachkräftesicherung vorgelegt.

Um die Bildungschancen von Kindern zu verbessern und Eltern die Möglichkeit zu geben, Familie und Beruf besser zu vereinbaren, fordert die SPD-Fraktion, mehr in frühkindliche Bildung und in Ganztagschulen zu investieren. Bis 2020, so das Ziel, sollen alle Eltern die Möglichkeit haben, ihre Kinder ganztägig betreuen zu lassen oder auf eine Ganztagschule zu schicken. Um kurzfristig mehr Betreuungsplätze für unter Dreijährige zu finanzieren, wollen die Sozialdemokraten das Betreuungsgeld abschaffen. Auch soll das sogenannte Kooperationsverbot im Grundgesetz fallen, das eine Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Bildung erschwert.

Um mehr Akademikerinnen und Akademiker auszubilden, will die SPD den Hochschulpakt ausweiten und mehr Studienplätze einrichten. Außerdem sollen die Hochschulen stärker für beruflich Qualifizierte ohne Abitur geöffnet werden. Ein Aktionsprogramm soll dem Fachkräftebedarf in den sogenannten MINT-Bereichen Mathematik, Informatik sowie Naturwissenschaften und Technik gewidmet sein.

Gleichzeitig legt die SPD weiterhin Wert auf die Duale Berufsbildung. SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier ist überzeugt: „Wir brauchen nicht nur Ingenieure, sondern auch gut ausgebildete Fachkräfte. Wir müssen darauf achten, dass wir in Zukunft genügend Bewerber für die Duale Ausbildung bekommen.“ Die SPD-Fraktion will deshalb vor allem Mittelstand und Handwerk bei der Berufsausbildung unterstützen, etwa durch eine stärkere Förderung von Ausbildungsverbänden.

Einen weiteren Schwerpunkt legen die Sozialdemokraten auf Nachqualifizierung und berufsbegleitende Weiterbildung. So soll das Nachholen eines Schulabschlusses stärker gefördert werden. Eine Berufsausbildungsgarantie soll benachteiligten Jugendlichen das Recht auf eine öffentlich geförderte Ausbildung geben. Perspektivisch will die SPD die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung entwickeln. Durch berufsbegleitende Beratung und Weiterqualifizierung sollen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch im Interesse der Unternehmen vorsorgend abgesichert werden. Außerdem fordert die SPD eine gezielte Einwanderungs- und Anerkennungspolitik, um hoch qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland anzuwerben.

Die Fachkräftebasis kann nur gesichert werden, wenn alle an einem Strang ziehen: Unternehmen und Gewerkschaften, Gesellschaft und Politik. Zu diesem Zweck will die SPD-Fraktion einen Deutschen Rat für Fachkräftesicherung beim Bundeskanzleramt einrichten.

Ohne die richtigen Maßnahmen entwickle sich der Fachkräftemangel zur Wachstumsbremse, warnt Hubertus Heil. Würden die Weichen dagegen richtig gestellt, „können aus dem zu deckenden Bedarf an Fachkräften Aufstiegsmöglichkeiten für viele erwachsen“. Am Ende berge der demografische Wandel nicht nur Risiken, sondern eröffne auch neue Chancen auf Vollbeschäftigung. ❖

## BEDROHTE ENERGIEWENDE

Steigende Strompreise, unzureichende Netzinfrastruktur und ungesicherte Erzeugungskapazitäten werden zum Risiko für den Industriestandort Deutschland. Nur ein koordiniertes Vorgehen sichert die Versorgung und stabilisiert die Kosten

Sauber, sicher und bezahlbar – so muss die Energieversorgung in Deutschland sein. Doch diese Ziele geraten immer mehr ins Wanken. Rolf Hempelmann, der energiepolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, warnt: „Ein ‚Weiter so!‘ in der Energiepolitik darf es nicht geben.“ Die Politik der Bundesregierung bedrohe die Energiewende. Steigende Strompreise, eine unzureichende Netzinfrastruktur sowie ungesicherte Erzeugungskapazitäten würden zum Risiko für den Industriestandort Deutschland.

Mit dem Energiekonsens legte die rot-grüne Bundesregierung bereits im Jahr 2000 die Grundlage für einen geordneten Ausstieg aus der Atomenergie. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz hat seither die Einführung und den Ausbau der erneuerbaren Energien erfolgreich und kontinuierlich vorangetrieben. Heute wird bereits ein Viertel des Stromverbrauchs durch erneuerbare Energien gedeckt. Aber gerade deshalb ist jetzt eine neue Ordnung am



### ENERGIE-MASTERPLAN

Die SPD-Fraktion schlägt vor, einen Deutschen Energierat einzurichten, der für die Abstimmung zwischen den Akteuren der Energiewende sorgt

Strommarkt notwendig. Viele Tage im Jahr übersteigt das Angebot den Bedarf an Strom. Dadurch fallen die Strompreise im Großhandel und können so die Förderkosten nicht mehr decken. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Hubertus Heil stellt dazu fest: „Durch den Zickzackkurs der Merkel-Regierung haben wir wertvolle Zeit für die Neuordnung des Strommarktes verloren. Die Wirtschaft braucht endlich wieder Planungs- und Investitionssicherheit.“

Die SPD-Bundestagsfraktion wird die Kompetenzen in der Energiepolitik bündeln. Notwendig ist ein Masterplan für die Energiewende. „Nur ein koordiniertes Vorgehen stoppt den Preisanstieg, schafft Investitionssicherheit und bringt die Energiewende voran“, sagt Hempelmann. Die Fraktion schlägt deshalb vor, einen Deutschen Energierat einzurichten, der für eine kontinuierliche Abstimmung zwischen Bund, Ländern und den Akteuren der Energiewende sorgt. ❖

## INITIATIVE FÜR INFRASTRUKTUR

Im Rahmen der Initiative „Deutschland 2020“ hat die SPD-Bundestagsfraktion ein neues Projekt ins Leben gerufen. Damit soll ein gesellschaftlicher Konsens darüber erreicht werden, welche Infrastruktur Deutschland benötigt. Bürgerbeteiligung und Transparenz sind dabei oberstes Gebot

Verkehrs-, Energie- und Telekommunikationsnetze sind die Lebensadern unserer Wirtschaft. Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb im Rahmen ihrer Initiative „Deutschland 2020“ das Projekt „Infrastrukturkonsens“ ins Leben gerufen. „Der Staat muss in der Infrastrukturpolitik wieder das Heft in die Hand nehmen. Es reicht nicht, wenn die Bundesregierung sich auf die Zuschauerbank setzt und glaubt, die Stromleitungen für die Energiewende kämen von alleine“, sagt der Koordinator des Projekts, der Sprecher für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Sören Bartol. Angesichts

zahlreicher Konflikte, etwa um neue Stromleitungstrassen, will die SPD-Fraktion einen gesellschaftlichen Konsens darüber erreichen, welche Infrastruktur Deutschland benötigt.

Konsens gibt es aber nur im Dialog. Darum hat die Fraktion ihre Konzepte in zahlreichen Workshops zusammen mit Verbänden, Unternehmen und Bürgerinitiativen erarbeitet. Ein Ergebnis sind Vorschläge zur besseren Bürgerbeteiligung und zur Beschleunigung der Planung. Kernpunkt: Die Bürgerbeteiligung muss möglichst frühzeitig erfolgen. Transparenz ist dabei oberstes Gebot. Zum anderen hat die Fraktion ein Konzept zum Umbau der Energieinfrastruktur vorgelegt. Das Ziel: verlässliche politische Rahmenbedingungen für Bau und Finanzierung der Stromnetze. So soll für die Stromnetze – vor allem für die Anbindung von Offshore-Windanlagen zur Überwindung des Ausbau- und Anschlussstaus – eine deutschlandweite Netz AG gegründet werden. An der Netz AG würde sich die öffentliche Hand beteiligen. Durch die bessere Absicherung unternehmerischer Risiken soll ein Anreiz für die Beteiligung auch privater Investoren geschaffen werden. ❖

## **KONTAKT**

SPD Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030/227-57133  
Fax 030/227-56800  
oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

